

Einzureichen an: \_\_\_\_\_

Investitionsbank Sachsen-Anhalt  
Kommunalentwicklung und  
Beratung  
Domplatz 12  
39104 Magdeburg



**Ich/Wir beantrage(n) bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt (IB) die Gewährung eines Zuschusses aus dem Programm**

## **KRANKENHAUSZUKUNFTSFONDS**

**gemäß §14a Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) in Verbindung mit § 19a ff. Krankenausstrukturfonds-Verordnung (KHSV).**

**Ich erkläre sämtliche Angaben und eingereichten Unterlagen aus dem Orientierungsantrag und der Bedarfsanmeldung zum Bestandteil dieses Antrages:**

Orientierungsantrag vom

Bedarfsanmeldung vom

### **1. ANGABEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN**

#### **1.1 Allgemeine Angaben**

Name des Krankenhausträgers/Universitätsklinik

Gründungsdatum\*

Straße, Hausnummer

Vorwahl/Rufnummer

PLZ

Ort

ggf. Ortsteil

Trägerart

Landkreis/Gemeindenummer

Vorsteuerabzugsberechtigt?

Ja

Nein

teilweise mit

%

#### **1.2 Ansprechpartner zum Antrag (sofern zutreffend)**

Ansprechpartner zum Antrag (Name, Vorname)

Vorwahl/Rufnummer/Fax

E-Mail

\* nicht anzugeben bei Kommunen

### **2. KURZANGABEN ZUM VORHABEN**

#### **2.1 Ort des Vorhabens/Krankenhauses (sofern abweichend von Ziffer 1.1 dieses Antrages)**

Straße, Hausnummer

PLZ

Ort

ggf. Ortsteil

Gefördert durch:



Die  
Bundesregierung



SACHSEN-ANHALT

aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages

Stand: 13.08.2021

IK-Nummer

## 2.2 Vorhabensbezeichnung

Vorhabensbezeichnung/Verwendungszweck

## 3. AUSGABEN- UND FINANZIERUNGSPLAN

### 3.1 Geplante Ausgaben (in Euro)

Investitionskosten	
Ausgaben für den initialen Betrieb (bis zu 3 Jahre)	
Nutzungsentgelt von bereitgestellter Software (bis zu 3 Jahre)	
Personalkosten	
Beratungsleistungen bei Planung, Ausschreibung und Beschaffung des konkreten Vorhabens	
Räumliche Maßnahmen	
Beschaffung von Nachweisen bzw. für berechnete IT-Dienstleister	
Zinsen, Tilgung, Verwaltungskosten eines zur Finanzierung eines förderfähigen Vorhabens aufgenommenen Darlehens	
Nicht zuwendungsfähige Ausgaben (bitte bezeichnen)	
<b>Summe der geplanten Ausgaben</b>	

### 3.2 Finanzierung der Ausgaben (in Euro)

Eigenmittel	
Eigenanteil des Krankenhausträgers im Rahmen der gemäß § 14 Abs. 5 Nr. 2 KHG festgelegten Ko-Finanzierung (KH-Träger)	
Eigenanteil des Krankenhausträgers im Rahmen der gemäß § 14 Abs. 5 Nr. 2 KHG festgelegten Ko-Finanzierung (Land)	
Beantragte Zuwendung	
Fremdmittel	
Weitere Fördermittel aus öffentlichen Mitteln und/oder sonstige öffentliche Finanzierungshilfen (bitte bezeichnen)	
Sonstige Fremdmittel (bitte bezeichnen)	
<b>Summe der Finanzierungsmittel</b>	

#### 4. DEM ANTRAG BEIZUFÜGENDE UNTERLAGEN

Die dem Antrag beizufügenden Unterlagen entnehmen Sie bitte der zu diesem Förderprogramm gehörenden Unterlagencheckliste Orientierungsantrag. Die bereits mit dem Orientierungsantrag eingereichten Unterlagen müssen nicht erneut eingereicht werden.

#### 5. ERKLÄRUNGEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

Ich/Wir erkläre(n):

- a) Mir/Uns sind die geltenden Richtlinien des Bundesamtes für Soziale Sicherung (BAS) zur Förderung von Vorhaben zur Digitalisierung der Prozesse und Strukturen im Verlauf eines Krankenhausaufenthaltes von Patientinnen und Patienten nach § 21 Absatz 2 der Krankenhausstrukturfonds-Verordnung (KHSFV) (Stand: 01.12.2020) [derzeit abrufbar unter [https://www.bundesamtsozialesicherung.de/fileadmin/redaktion/Krankenhauszukunftsfonds/20201201\\_Foerdermittelrichtlinie.pdf](https://www.bundesamtsozialesicherung.de/fileadmin/redaktion/Krankenhauszukunftsfonds/20201201_Foerdermittelrichtlinie.pdf)] sowie die hierzu erlassene Richtlinie zur Umsetzung der Förderung des Bundes von Vorhaben zur Digitalisierung der Prozesse und Strukturen im Verlauf eines Krankenhausaufenthaltes von Patientinnen und Patienten nach § 21 Absatz 2 KHSFV [derzeit abrufbar unter <https://www.ib-sachsen-anhalt.de/gesundheitspflege/krankenhauszukunftsfonds>] und die sich daraus ergebenden Voraussetzungen für eine Bewilligung bekannt. Mir/Uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung nach § 44 der Landeshaushaltsordnung (LHO) bzw. Zuweisung nach § 34 LHO nicht besteht. Im Falle der Bewilligung einer Zuwendung nach § 44 LHO habe(n) ich/wir die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) oder – sofern einschlägig – die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts (ANBest-Gk) sowie besondere für dieses Förderprogramm geltende Pflichten zu beachten. Im Falle der Bewilligung einer Zuweisung nach § 34 LHO habe(n) ich/wir die für dieses Förderprogramm geltenden Pflichten zu beachten. Die Regelungen aus den o. g. Richtlinien sowie, bei Gewährung einer Zuwendung, aus den ANBest-P / ANBest-Gk werden anerkannt
- b) Mit dem im Antrag dargestellten Vorhaben habe(n) ich/wir nicht vor dem 02.09.2020 begonnen. Es ist zum jetzigen Zeitpunkt auch noch nicht abgeschlossen. Mir/Uns ist bekannt, dass als Vorhabensbeginn grundsätzlich bereits der verbindliche Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Liefer-, Dienstleistungs- oder Werkvertrages gilt. Im Fall von Baumaßnahmen gelten Planungen und Baugrunduntersuchungen nicht als Beginn des Vorhabens.
- c) Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens ist unter Einbeziehung des beantragten Zuschusses bzw. der Zuweisung gesichert. Die zu erwartenden Folgekosten können von mir/uns finanziert werden.
- d) Ich bin/Wir sind zahlungsfähig, und gegen mich/uns steht ein (Verbraucher-) Insolvenzverfahren nicht unmittelbar bevor und ist nicht beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt worden. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, unverzüglich der IB mitzuteilen, wenn bis zur Bewilligung dieses Antrages ein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorstehen sollte, beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt wird.
- e) Ich versichere/Wir versichern, dass bei Vorliegen einer Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) die angegebenen Ausgaben keine Umsatzsteueranteile enthalten.
- f) Ich/Wir gewährleiste(n) eine projektbezogene Einzelabrechnung der Einnahmen und Ausgaben sowie deren Unterscheidung vom üblichen Geschäftsverkehr. In den angegebenen Ausgaben sind innerbetriebliche Umlagen nicht enthalten.
- g) Ich/Wir werde(n) das Vorhaben nicht im Auftrag oder auf Rechnung Dritter durchführen.
- h) Für das Vorhaben wurden und werden bei anderen Stellen keine weiteren öffentlichen Förderungen oder Finanzierungshilfen über die im Finanzierungsplan (Ziffer 3 dieses Antrages) angegebenen öffentlichen Mittel bzw. Finanzierungshilfen hinaus beantragt.
- i) Ich versichere/Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der von mir/uns gemachten Angaben im Antrag sowie in den beigefügten Anlagen/Unterlagen. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die IB unverzüglich zu informieren, wenn Änderungen gegenüber diesen Angaben eintreten.
- j) Mir/Uns ist bekannt, dass die IB berechtigt ist, weitere Angaben und Unterlagen anzufordern, soweit diese für die Entscheidung erforderlich sind. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Unterlagen/Informationen/Auskünfte zu erbringen/zu erteilen. Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen an Ort und Stelle für notwendig gehalten werden, so erkläre(n) ich/wir mich/uns damit einverstanden.
- k) Ich/Wir erkenne(n) an, dass die IB berechtigt ist, Stellungnahmen anderer Stellen für die Beurteilung der/des Antragstellenden einzuholen. Zu diesem Zweck befreie(n) ich/wir Verbände, Kammern sowie Behörden von ihren Verschwiegenheitspflichten.
- l) Ich/Wir entbinde(n) die Finanzbehörden gegenüber der IB von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 Abgabenordnung). Ich/Wir gebe(n) hiermit mein/unser Einverständnis, dass die von der IB im Bedarfsfall von den Finanzbehörden erhobenen Daten an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet werden können, wenn Anhaltspunkte für ein strafrechtlich relevantes Verhalten vorliegen; insoweit befreie(n) ich/wir die IB ebenfalls von ihrer Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses.
- m) **Behauptung über die Strafbarkeit des Subventionsbetrugs – gilt nur bei Betrieben und Unternehmen (einschließlich öffentlicher Unternehmen):** Mir/Uns ist bekannt, dass es sich bei den beantragten Fördermitteln um eine Subvention handelt, auf die § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. S. 724) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG, Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1976, Teil I, S. 2037 f.) Anwendung finden. Gemäß § 3 SubvG besteht die Verpflichtung, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne dieser Vorschriften sind die Angaben bzw. Erklärungen zu den Ziffern 1. 2., 3. und 5.b), 5.c), 5.d), 5.e), 5.f), 5.g), 5.h), 5.i) dieses Antrages, zu den Ziffern 1., 2. und 3. des Orientierungsantrages, zu den Ziffern 1., 2. und 3. der Bedarfsanmeldung sowie die Angaben in den gemäß zu diesem Förderprogramm gehörenden Unterlagencheckliste zum Orientierungsantrag Ziffern 2.-9. und 11., 12. und 14. beizufügenden Unterlagen. Subventionserheblich sind ferner solche Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung (§ 4 SubvG).

Ja  Nein

## 6. EINWILLIGUNG IN DIE VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

### 6.1 Werbeeinverständnis

Ich/Wir möchte(n) über individuell für mich/uns passende Produkte der IB und über den Start und die Änderungen von Förderprogrammen informiert werden. Diese Einwilligungen sind freiwillig und können jederzeit, auch einzeln, mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Ihre Einwilligung ist elementar für eine qualifizierte Beratung durch unser Haus, falls Sie dennoch keine Einwilligung zu Analyse- und/oder Werbezwecken erteilen möchten oder Ihre Einwilligung zu einem späteren Zeitpunkt widerrufen, wirkt sich dies nicht auf die von Ihnen beantragte (Kredit-/Zuschuss-/Zuweisungs-) Förderung aus.

a) Zustimmung zur Analyse von Daten zur Person

Wir versichern Ihnen vorab, dass wir Ihre nachfolgend genannten Daten absolut vertraulich behandeln und nicht an unberechtigte Dritte weitergeben. Dazu sind wir zudem auch rechtlich, z. B. durch das Bankgeheimnis, verpflichtet. Die IB wird (nur sofern notwendig) für eine individuelle Beratung folgende Daten über mich/uns verknüpfen, gemeinsam auswerten und verwenden:

1. Personendaten, wie Name, Geburtsdatum, Familienstand, Beruf
2. Kontaktdaten, wie Adresse, E-Mail und Telefonnummern
3. Daten zu meiner Bonität, meiner finanziellen Situation und zu meinem Kreditrisiko
4. Daten aus Beratungsgesprächen, Vertriebsaktivitäten, Dokumentationen und Erhebungsbögen sowie vergleichbare Daten
5. Statistische Daten, welche mir mithilfe allgemeiner Kriterien zugeordnet werden können, beispielsweise für die Eignung bestimmter Förderprodukte für bestimmte Altersgruppen, Regionen oder Branchen

**Zweck der Analyse der Daten zur Person:** Die IB berät, betreut und informiert mich/uns möglichst passgenau, z. B. über für mich/uns geeignete neue Förderprodukte der IB.

**Ja, ich bin/wir sind mit der Verknüpfung, Auswertung und Verwendung meiner/unserer aufgelisteten Daten zu vorgenannten Zwecken einverstanden.**

b) Einwilligung in Werbemaßnahmen der IB

Ich/Wir erkläre(n) mich/uns damit einverstanden, dass die IB die mit dem Förderantrag erhobenen persönlichen Daten nutzt, um mir/uns interessante Informationen zu weiteren Fördermöglichkeiten zukommen zu lassen:

**per Post**       **telefonisch**       **per E-Mail**

### 6.2 Hinweise zur Datennutzung

In der Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ finden Sie eine kompakte Übersicht über den Umgang der IB mit Ihren Daten sowie der Ihnen zustehenden Rechte nach der DS-GVO. Die Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ ist jeder betroffenen natürlichen Person zur Kenntnis zu geben, für die im Rahmen der Antragsbearbeitung und zur Abwicklung der Förderung die Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich ist.

## UNTERSCHRIFT(EN) DER/DES KRANKENHAUSTRÄGER(S)/BEVOLLMÄCHTIGTEN

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)